

Zusammenhang mit den aggressiven Machenschaften der Vereinigten Staaten gegen das friedliche, niemanden bedrohende Kuba große Aufmerksamkeit. Die Deutsche Demokratische Republik und die Volksrepublik Polen gewähren dem kubanischen Volk volle Unterstützung in seinem gerechten Kampf um die Aufrechterhaltung seiner Freiheit und Souveränität. Sie treten entschieden dagegen auf, daß irgendein Staat sich das Recht anmaßt, sich in die inneren Angelegenheiten eines anderen Landes einzumischen. Sie wenden sich mit aller Entschiedenheit gegen die Organisierung der im Widerspruch zum Völkerrecht stehenden Blockade gegen Kuba. Beide Delegationen unterstützen den Standpunkt der Sowjetunion, die in ihrer Erklärung vom 12. September 1962 vor der Gefahr warnte, die dem Weltfrieden infolge der Maßnahmen der Vereinigten Staaten gegenüber Kuba droht, und die verantwortlichen amerikanischen Kreise aufforderte, von dieser gefährlichen Politik Abstand zu nehmen.

Die Deutsche Demokratische Republik und die Volksrepublik Polen erklären, daß sie auch weiterhin einen konsequenten und entschiedenen Kampf um die unverzügliche Verwirklichung der auf der XV. Tagung der Vollversammlung der Vereinten Nationen beschlossenen Deklaration über die Liquidierung des Kolonialsystems führen werden. Der Kampf um die volle Liquidierung des Kolonialismus in all seinen Erscheinungsformen ist ein untrennbarer Teil des Weltfriedenskampfes.

Beide Seiten bringen ihre volle Solidarität mit dem Kampf der vom Kolonialjoch befreiten Länder sowie der noch teilweise abhängigen Länder für die Festigung ihrer Unabhängigkeit und um die Gestaltung ihrer Gesellschaftsordnung nach dem Willen ihrer Völker zum Ausdruck.

Geleitet von den Leninschen Prinzipien der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten mit verschiedenen Gesellschaftsordnungen sind beide Seiten für die breite Entwicklung des internationalen Handelsaustausches sowie für die wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit nach den Prinzipien der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils. Sie betrachten die Maßnahmen der Westmächte zur Schaffung geschlossener ökonomisch-politischer Blocks, die insbesondere in der Bildung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zum Ausdruck kommen, als gegen die Entwicklung der friedlichen internationalen Zusammenarbeit gerichtet. Beide Seiten unterstützen den Vorschlag der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken zur Einberufung einer internationalen Konferenz zu Problemen des Handels, auf der die Schaffung einer internationalen Handelsorganisation erörtert werden soll.

Beide Seiten stellen fest, daß die Organisation der Vereinten Nationen im